



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.11.2018

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Hospitalverwalter Roland Wersch

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Otto Deeng
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ralph Heidenreich
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Walter Herzhauser
Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. med. Rudolf Metzger
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

ab TOP 3

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Verwaltung: Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen

Ortsvorsteher Walter Boscher ab TOP 2

Carola Christ, Stadtplanungsamt ab TOP 7.1

Irene Emmel, Amt f. Liegenschaften u. Wirtschaftsförd.

Wilfried Erne, Hauptamt

Verena Fürgut, Referentin Oberbürgermeister

Birgit Hoch, Bauverwaltungsamt bis TOP 7.1

Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg

Anna Kleine-Beek, Ordnungsamt ab TOP 7.1

Siegfried Kopf-Jasiński, Hochbauamt ab TOP 3

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Margit Leonhardt, Kämmereiamt

Markus Merkle, Baubetriebsamt ab TOP 7.1

Peter Münsch, Tiefbauamt ab TOP 7.1

Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer

Robert Walz, Gebäudemanagement

Markus Weisshaupt, Forstamt

Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt

entschuldigt:

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadtrat Rainer Etzinger

Verwaltung:

Ortsvorsteher Alexander Wachter

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Reiß	2018/173
2.	Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach - III. Quartal 2018	2018/200
3.	Vermietung von Gewerbeflächen Kolpingstraße 56 an das Deutsche Rote Kreuz - Freiwilligkeitsleistung zur Reduzierung des Mietpreises	2018/205
4.	Widmung einer Teilfläche des Feldweges Nr. 6003 in Biberach	2018/207
5.	Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer vom 26. September 1996, zuletzt geändert am 25. Oktober 2010	2018/210
6.	Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit	2018/193 + 2018/193/1
7.	Bekanntgaben und Verschiedenes	
7.1.	ÖPNV-Ticket für Stadtpass-Inhaber - Antrag der FW-Fraktion	AT 2018/008
7.2.	Bauplatzvergabe Hauderboschen, 2. Bauabschnitt	2018/213/1
8.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2019 der Stadt Biberach	2018/216

Die Mitglieder wurden am 09.11.2018 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de am 14.11.2018 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Gestaltungsbeirat der Stadt Biberach an der Riß

2018/173

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/173 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 12.11.18 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und berichtet von der jüngsten Beratung am Freitag der Vorwoche. Die Architekten seien sehr sachorientiert und sie hätten nicht nur auf Ästhetik, sondern auch die Funktionalität von Entwürfen im Blick. Herrn Huber habe man schon als sehr bodenständig erlebt. Herr Theilig sei allseits bekannt, da er schon verschiedene Projekte in Biberach betreut habe.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Enthaltung (StR Heidenreich) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Architekten Prof. Andreas Theilig und Wilhelm Huber werden in den Gestaltungsbeirat berufen.

**TOP 2. Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebs Stadt- 2018/200
entwässerung Biberach - III. Quartal 2018**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/200 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 12.11.18 vorberaten und einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bei der Einführung ins Thema lässt BM Kuhlmann wissen, man habe wichtige geplante Arbeiten insbesondere in der Kanalsanierung nicht wie gedacht umsetzen können. Als Grund nennt er die Starkregenereignisse und deren Folgen, denen man Priorität eingeräumt habe. Dies wirke noch nach und binde Arbeitskraft. Zudem verzeichne man krankheitsbedingte Ausfälle.

StR Hagel meint, die Abweichungen bewegten sich in der Norm. Einzig bei der Kanalsanierung verzeichne man eine deutliche Unterschreitung, was nicht wünschenswert, aber angesichts der Begründung nachvollziehbar sei. Hier müsse in den folgenden Jahren nachgebessert werden. Die Personalsituation müsse man dringend versuchen zu verbessern, auch wenn sich dies schwierig gestalte, denn die Kanalsituation müsse dringend verbessert werden.

Er bezeichne es als richtig, den Überschuss nicht für eine Gebührensenkung zu verwenden, da die Ausgaben nur verschoben seien. Richtig sei es auch, die tiefbautechnischen Kosten den Liegenschaften zuzurechnen. Den Mitarbeitern dankt er für die geleistete Arbeit.

Den Starkregen 2016 bezeichne StR Keil als Katastrophe. Gar kein Regen wie 2018 sei aber auch nicht gut. Zunehmende Wetterphänomene machten es erforderlich, den Kanälen stärkere Aufmerksamkeit zu schenken. Er äußert die Erwartung, dass die Rückstände 2019 ein Stückweit aufgeholt würden.

StRin Bopp schließt sich den Ausführungen StR Hagels an und mahnt, die Personalsituation im Auge zu behalten. Sie verweist auf den Studiengang für Tiefbauingenieure an der Hochschule. Durch die Überschüsse sei man finanziell auf der sicheren Seite.

StRin Sonntag meint, künftig würden viele Investitionen nötig. Besonders aufgefallen sei ihr der geplante Damm im Wolfental. Durch die Ableitung des Niederschlagswassers aus dem neuen Gewerbegebiet Mittelbiberach in den Rotbach, müsse dieser zusätzlich Wasser aufnehmen.

StR Funk mahnt Augenmerk auf die Gebührenhöhe an und meint, der Eigenbetrieb dürfe nicht als Bank für die Stadt genutzt werden, wobei dies erst dann der Fall wäre, wenn statt mit Darlehen mit Eigenkapital gearbeitet würde.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

**TOP 3. Vermietung von Gewerbeflächen Kolpingstr. 56 an das Deutsche Rote Kreuz 2018/205
- Freiwilligkeitsleistung zur Reduzierung des Mietpreises**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/205 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 08.11.18 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

StR Schmogro dankt dem Gebäudemanagement für die unkomplizierte Lösung des Zwischenquartiers und äußert die Hoffnung, das endgültige Quartier könne lange genutzt werden. Aktuell erwirtschaftete der Tafelladen eine schwarze Null, was nicht immer üblich sei bei Tafelläden in der Region und dem großen Engagement des Ehepaars Gerster geschuldet sei. Er bezeichnet das Angebot als Armutsprävention und Teil der Daseinsvorsorge.

Es sei eine wichtige Aufgabe, die das DRK für die Stadt erbringe, meint StR Dr. Metzger. Dass das Angebot notwendig sei, verdeutlichten die Schlangen vor dem Laden. Er zeigt sich erfreut über die neue endgültige Lösung.

Auch StR Etzinger findet die Lösung sehr gut und gelungen, vor allem eine Verbesserung für die Wartesituation.

Der Standort sei gut, meint StR Dr. Schmid und auch die Verbindung mit der Migrationsberatung. Er fände eine Hecke als Sichtschutz für die Bedürftigen und etwas Begrünung gut.

EBM Wersch erwidert, man wolle keine grüne Wand errichten, da keine Stigmatisierung gewollt sei. Vielmehr solle man mit einer entsprechenden Einrichtung leben und auch dokumentieren, dass ein entsprechender Bedarf gegeben sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Miete des Deutschen Roten Kreuzes für die Räume des Tafelladens, der Kleiderkammer und des Sozialbüros in der Kolpingstraße 56 wird um jährlich 11.960,01 € stets widerruflich reduziert.

TOP 4. Widmung einer Teilfläche des Feldweges Nr. 6003 in Biberach 2018/207

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/207 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 12.11.18 vorberaten und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

BM Kuhlmann führt ins Thema ein und verdeutlicht, dass mit der Umwidmung der erste Schritt getan werde, um zu prüfen, ob der Wirtschaftsweg als öffentliche Straße eingerichtet werden könne. Im Falle der Zustimmung werde zunächst das Beteiligungsverfahren eingeleitet.

StR Hagel meint, die Ausgangslage lese sich wie ein Schildbürgerstreich. Der bestehende Mangel müsse behoben werden. Eine Verbreiterung der Straße komme für die CDU-Fraktion nicht in Betracht. Bei Begegnungsverkehr sei gegenseitige Rücksichtnahme gefordert. Man hoffe, dass die Entwidmung zur Befriedung der Situation beitrage.

StRin Kübler signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und bezeichnet es als Versäumnis, dass die Fläche nicht vor Jahren veräußert worden sei.

StRin Bopp sieht im vorgeschlagenen Weg die einzige Möglichkeit, den Bauwilligen einen Bau- platz zu verschaffen und kündigt die Zustimmung der Freien Wähler an.

Die Entscheidung sei notwendig, meint StR Weber. Man müsse sicherstellen, dass immer ein Zu- gang zum Maschinenschuppen möglich sei. Eventuell könne der Bauherr sogar eine kleine Wen- deplatte errichten.

StR Braig macht Staatsversagen für den fehlenden Erschließungsweg verantwortlich und signa- liert die Zustimmung der FDP.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für eine Teilfläche des Wirtschaftswegs Flst. Nr. 6003 der Gemarkung Biberach wird gem. § 5 Straßengesetz die Widmung zur Ortsstraße eingeleitet.

**TOP 5. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer vom 2018/210
26. September 1996, zuletzt geändert am 25. Oktober 2010**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/210 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Hauptausschuss am 08.11.18 vorberaten und mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StR Heidenreich) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der in Anlage 1 zu Drucksache Nr. 2018/210 beigefügten Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung) zu.

TOP 7.1. ÖPNV-Ticket für Stadtpass-Inhaber - Antrag der FW-Fraktion AT 2018/008

Dem Gemeinderat liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Antrag Nr. AT 2018/008 zur Kenntnisnahme vor.

Ohne Aussprache nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

TOP 7.2. Bauplatzvergabe Hauderboschen, 2. Bauabschnitt

2018/213/1

Dem Gemeinderat liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/213/1 zur Kenntnisnahme vor.

Ohne Aussprache nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

TOP 8. 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2019 der Stadt Biberach 2018/216

Dem Gemeinderat liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2019 zur 1. Lesung vor.

EBM Wersch erläutert den Haushaltsplan mit den wichtigsten Eckdaten anhand einer PowerPoint Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist. Es handle sich um den ersten dop-pischen Haushalt und man erreiche mit der Planung eine schwarze Null. Dies sei rechtskonform, aber nicht erstrebenswert. Wenn die Kostenentwicklung mit der Einnahmenentwicklung nicht Schritt halten würde, müsste man die Grundsteuer jährlich in 50er-Schritten erhöhen. Die Einkommenssteuer und die Umsatzsteuer habe man vorsichtig kalkuliert und müsse hier auf keinen Fall Wenigereinnahmen befürchten. Der Ansatz für die Gewerbesteuer sei ein hoher Wert und bei hervorragenden Unternehmen vor Ort sei man in der Spitze von einem Unternehmen abhängig. Er hielte es daher für unseriös, die Sätze zu erhöhen, da im Unternehmen erhebliche Veränderungen feststellbar seien. Er nennt international fallende Gewinne. Beispielsweise wirke die Trump'sche Steuerreform mit der Folge, dass Gewinne nicht in Deutschland ankämen.

Auf der Ausgabenseite verweist er auf die Kreisumlage, die auf jeden Fall um 500.000 Euro höher liege als zu erwarten sei, wobei sogar ein Antrag auf eine weitere Senkung im Raum stehe. Von den Zuweisungen über 9 Mio. Euro stammten über 7,5 Mio. Euro aus dem Schullastenausgleich. Die Gebühren insgesamt seien unter einem vertretbaren Niveau, wobei ein Nachholen nicht ohne großen Ärger in der Bevölkerung möglich sein werde.

Die Personalaufwendungen stellten mit 32,85 Mio. Euro einen großen Block dar und entsprächen rund 37% der Ausgaben. Dahinter stünden 525 Stellen, darunter 41 Auszubildende, die höchste Quote, die man je gehabt habe. Angesichts des hohen Altersdurchschnitts werde es in den nächsten Jahren schwierig, Personalnachwuchs zu gewinnen. Eine Senkung des Altersdurchschnitts böte die Chance, auch die Personalkosten zu senken.

Offen sei, was die Digitalisierung bringen werde, sicher werde sie Arbeitskraft binden, was in Ordnung sei, solange man Vollbeschäftigung habe. Alternativ führte es zu steigenden Sachkosten. Die Unterhaltungsaufwendungen hätten sich seit 2015 fast verdoppelt. Bedauerlich sei, dass durch Investitionen keine Effizienzgewinne generierbar seien. Die Abschreibungen erhöhten sich permanent und man habe noch nicht alle Vermögensanlagen erfasst. Bei den Zuweisungen und Zuschüssen entfielen über 9 Mio. Euro auf Kindertageseinrichtungen und -krippen. Erstmals richtig abgebildet seien die Rückstellungen. Die weiteren Aufwendungen bezeichnet er als Teil 3 der Deckungsreserve.

Den für Grunderwerb angesetzten Wert bezeichnet er als sehr hoch. Es werde immer schwieriger, da der Markt kein Interesse am Verkauf habe. Gleichwohl messe man dieser Aufgabe hohe Priorität bei. Unter der Position Erwerb von Finanzvermögen laufe unter anderem die Beteiligung an den Stadtwerken sowie am Kreisfeuerlöschverband. Bei den Investitionsfördermaßnahmen handle es sich in erster Linie um Vereinsförderung.

Dann erläutert er verschiedene Zahlen im Jahresvergleich und stellt abschließend fest, man sei auf einem sehr hohen Niveau angekommen. Die Perspektiven seien bescheiden, aber er frage sich, ob sie froh machen könnten. Man müsse auch die Risiken im Blick haben und auf eine nachhaltige Entwicklung achten. Daher dürfe man nicht 50 Maßnahmen angehen, wenn nur 40 finan-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

ziert werden könnten. Er wirft die Frage auf, wo es leichter zu leben sei als in Biberach, einer Stadt, der es in den letzten Jahren an nichts gefehlt habe, außer an Zeit. Man habe enorme Qualitätssteigerungen finanziert, fördere die Hochschule und die Schulen, Sorge für einen attraktiven ÖPNV, verschreibe sich der Vereinsförderung wie sonst nirgendwo. Die Stadt müsse den Weitblick bewahren, mit dem Erreichten zufrieden sein und auf Sicherheit steuern. (*Applaus*)

Anschließend äußert sich StR Walter für die Fraktion der CDU: „Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Wersch, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Damen und Herren, zunächst eine Vorbemerkung in eigener Sache: als Reden-, Ansprachen- und Predigtschreiber, als Schreiber von Geistlichen Worten im BIKO und in der Schwäbischen Zeitung, als Schreiber von Artikeln für die CDU-Fraktion im BIKO habe ich mich sehr gewundert, dass es Menschen gibt, die nichts Besseres in ihrem Leben zu tun haben, als Reden anderer Menschen dahingehend zu untersuchen, ob sie diese Reden wirklich selber geschrieben haben. Sie werden bei mir wie gewohnt nichts Gegenteiliges finden, auch dieses Mal nicht. Ich bin Herr meiner eigenen Gedanken und Worte – jedes Wort von mir können Sie allerdings im Duden finden, ich bin also höchstens ein Plagiator des Dudens. Doch halt: Um dieses Thema für mich humorvoll zu beenden, habe ich heute speziell für den Redakteur der Schwäbischen Zeitung ein Zitat in meiner Rede versteckt. Er darf selber herausfinden, von wem das Zitat stammt. Ich habe es ganz einfach gemacht und wenn der Redakteur Humor versteht, dann soll er doch bitte auch herzlich darüber lachen. Vielleicht fahren wir ja auch einmal gemeinsam zu einem Spiel des VfB Stuttgart. Als Fan desselben ist man doch gestählt für Kritik und empfänglich für Trost, den ich ihm im Stadion bei einem Stuttgarter Hofbräu (political correct: alkoholfrei) gern spenden werde.“

Nun zum Haushalt: Wir haben aus dem Munde des Ersten Bürgermeisters die Einschätzung der Verwaltung zum Haushalt 2019 gehört. Es gibt wie im letzten Jahr nur Gutes zu berichten, was das Zahlenwerk des Biberacher Haushalts 2019 betrifft. „Der Gebrauch des Geldes ist dem Besitz des Geldes vorzuziehen“, sagte und schrieb Benjamin Franklin (1706 – 1790). Benjamin Franklin hatte nicht nur den Blitzableiter erfunden, sondern war auch einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten. Er engagierte sich auf vielfältige Weise in der Gesellschaft und wusste daher, wovon er sprach. Ich hoffe nun, dass die Hüterinnen und Hüter des Biberacher Geldsegens nicht allzu erschrocken sind, dass ich dieses Zitat an den Anfang meiner Ausführungen gestellt habe. Denn natürlich weiß die CDU-Fraktion um die Notwendigkeit, das Geld der Stadt nicht mit vollen Händen auszugeben. Wir wissen aber auch, dass wir die Einrichtungen der Stadt, die unseren Bürgern dienen, auf dem Stand der Zeit halten müssen. Wir wissen auch, dass Personal notwendig ist, um die vielfältigen Pflichtaufgaben in der Stadt erfüllen zu können und ebenso die vom Gemeinderat so gerne beschlossenen Freiwilligkeitsleistungen, die unseren Bürgern dienen.

Im Jahr 2019 möchten wir uns vor allem auf die kontinuierliche Weiterarbeit in unserem Investitionsplan konzentrieren. Da ist etliches angesagt: Neubau Kindergarten Hauderboschen, Erweiterung Kindergarten Ringschnait, Erweiterung und Sanierung Braith-Grundschule, Dorfgemeinschaftshaus Rißegg, Mali-Sporthalle, Hochwasserschutz, Gewerbegebiete Flugplatz II und Mittelbiberacher Steige, Spielplatzverbesserungen u.v.m.

Zunächst gilt es jedoch, unsere Unternehmen, Firmen, Betriebe und Geschäfte zu unterstützen. Sie sichern die Arbeitsplätze vor Ort, die dadurch vielen Menschen in Biberach und der Region ein gutes Leben ermöglichen. Deshalb hat es uns sehr geschmerzt, dass unser IGI nicht so weit war, dass die Firma Handtmann dort ein weiteres Werk errichten konnte. Gerade in der Zukunftstech-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

nologie der sich wandelnden Automobilbranche wäre der Biberacher Standort aus unserer Sicht wichtig gewesen. Wir freuen uns jedoch über das klare Bekenntnis des Unternehmens Handtmann zum Biberacher Standort.

Für weitere Unternehmen, vielleicht auch solche die sich aus dem ITZ heraus entwickeln, brauchen wir jedoch weiterhin das IGI. Es muss konsequent weitergeplant werden.

Die vorhandenen Gewerbeflächen in der Mittelbiberacher Steige und im Gebiet Flugplatz II sollen besonders auch unseren kleineren Betrieben und Firmen schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden, da diese bekanntermaßen oft schon seit Jahren Erweiterungsmöglichkeiten suchen. Wir wollen möglichst alle Firmen und Betriebe in Biberach halten!

Doch damit das so bleibt, muss nun dringend an der Verbesserung der Infrastruktur gearbeitet werden. Unter anderem beantragen wir, dass der Bahnhof/ZOB zur Verkehrsdrehscheibe ausgebaut wird. Ein P+R-Parkhaus, sichere Fahrradabstellplätze, eine Überdachung der Bahnsteige und eine richtige elektronische Fahrplananzeige auf dem Bahnsteig halten wir für dringend notwendig.

Die Verbindungsstraße von der Mettenberger- zur Ulmer Straße ist überfällig, ebenso muss der Aufstieg zur B 30 konsequent weitergeplant und dann gebaut werden. Denn erst danach (!) können wir die dringend erforderliche Verbesserung für Radfahrer und Fußgänger in der Innenstadt umsetzen. Umweltfreundlichkeit heißt hier eben auch Auslagerung von unnötigem Verkehr aus der Stadt.

Der Stadtbusverkehr, der ÖPNV, wurde auf Anträge der CDU-Fraktion hin in Takt und Fahrzeiten deutlich verbessert, auch das Anrufsammeltaxi hat nun wieder einen bequemen Niederflerbus. Mit der deutlichen Preissenkung des Tagestickets, der Jahreskarte und der Einführung des 1-Euro-Tickets wird der Stadtbus noch attraktiver! Übrigens war diese Entscheidung eine schöne Gemeinschaftsleistung des gesamten Gemeinderats. Nutzen Sie den Stadtbus, das ist nachhaltiger Umweltschutz!

Wir beantragen darüber hinaus, dass die Stadt in Konzessionsverhandlungen im Buslinienverkehr eintritt, um Ringschnait in den Stadtlinienverkehr einbinden zu können.

Große Freude herrscht bei mir, dass die Mitglieder des Kreistags nun endlich auch den ÖPNV als zukunftsträchtiges System entdecken! Und sei es auch nur, weil man neidisch auf Biberach ist. Seit Jahren sage ich schon, dass der Landkreis hier eine Bringschuld für die Bürger hat, wenn ich an die neue Zentralklinik in Biberach denke! Darüber wurde nur nicht berichtet, weil man das Thema ÖPNV in mythischer Legendenbildung eben lieber anderen Fraktionen zuschreibt und nicht so gern der CDU.

Noch einmal zu Ringschnait, zum Kindergarten: Wenn es nach der CDU-Fraktion ginge, könnten wir hier schon deutlich weiter sein. Wir waren im Sommer 2017 im Kindergarten, haben uns die Situation angeschaut - leider war von Elternseite damals nur eine Mutter dabei - und haben danach einen Antrag zur Beschleunigung des Vorgangs gestellt. Leider gab es danach nun wieder eine von uns eben nicht gewollte Verzögerung durch Verwaltung internes Durchspielen und Diskutieren vieler Ideen unterschiedlichster Art, auch im Ortschaftsrat. Nun sind wir wieder genau dort angelangt, wo wir 2017 schon einmal waren. Schade um die verlorene Zeit.

Die CDU-Fraktion stellt insgesamt 18 Anträge. Ich werde auf diese Anträge heute nicht näher eingehen. Das geschieht dann ausführlich in den Haushaltsberatungen. Heute möchte ich jedoch

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

noch ein Thema aufgreifen, das wir in der Fraktion intensiv diskutiert haben, da wir uns über die Gedenkveranstaltungen zum 100jährigen Ende des Ersten Weltkrieges und anlässlich der Rede von Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel auch mit Matthias Erzberger beschäftigt haben.

Wir regen an, dass wir uns im Laufe des nächsten Jahres im Rahmen der Erinnerungskultur damit beschäftigen, wie wir Matthias Erzberger noch besser ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Biberachs bringen können. Gerne gemeinsam mit der Erzberger-Initiative.

Matthias Erzberger hat im leider nicht mehr existierenden Hotel Krone im Kronensaal 1917 seine viel beachtete Friedensrede gehalten. Dieses Hotel Krone befand sich in der Kronenstraße, die jetzt Hindenburg-Straße heißt. Ob wir jedoch eine Straße umbenennen sollen oder ob eben eine andere Erinnerungsart vielleicht besser dafür geeignet ist, Erzberger besser in Biberach zu verorten, das möchten wir nächstes Jahr in Ruhe, abgekoppelt von geschwätzigen Haushaltsberatungen, beraten. Man könnte z.B. darüber nachdenken, einen Erzberger-Saal zu schaffen, oder besser etwas Aktives: ein regelmäßiges Erzberger-Symposium oder einen jährlich zu verleihenden Erzberger-Preis.

Die CDU-Fraktion dankt ausdrücklich Herrn Wersch und ganz besonders Frau Leonhardt mit ihrer Mitarbeiterin Frau Schmid und ihrem gesamten Team für die Erstellung dieses ersten doppelten Haushalts. Dieser Haushalt ist sehr gut lesbar, ich finde, sogar besser als der frühere Haushalt. Vor allem ist er in der Darstellung ehrlicher, da wir nun viel genauer sehen, dass das Geld, das wir ausgeben erst einmal verdient werden muss. Eine Binsenweisheit zwar, aber dennoch wahr. Ein spezieller Dank gilt Ihnen für die zusätzliche Erstellung von Vergleichsdaten und Vergleichszahlen aus den Vorjahren! Das war Zusatzarbeit, die es in sich hatte – aber dafür haben wir die Kämmerei in den letzten Jahren auch gut mit Stellen ausgestattet.

Die CDU-Fraktion hat in ihren Anträgen ganz bewusst keine Wahlgeschenke eingebaut. Wir machen seriöse Politik, auch und besonders im kommenden Wahljahr 2019. Denn: „Wahlgeschenke der Politiker sind nichts anderes als die Bestechung der Bürger mit ihrem eigenen Geld“, wie es der Publizist Willy Meurer so treffend formulierte.

„Vom Feeling her habe ich nun ein gutes Gefühl“ (Andy Möller). Die CDU-Fraktion freut sich auf die kommenden Beratungen. Für heute ist von mir voraussichtlich alles gesagt.“ (*Applaus*)

Für die SPD-Fraktion äußert sich StRin Kübler wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Wersch, sehr geehrter Herr Baubürgermeister Kuhlmann und sehr geehrter Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Damen und Herren, Sicherheit, Brexit, Dieselfahrverbote, Digitalisierung, das sind die Themen, die das Jahr 2018 beherrscht haben und sicherlich noch eine Zeit lang weiter beherrschen werden. Aber auch vom Konjunkturrückgang ist die Rede, von sinkender Wirtschaftsleistung – wir fragen uns, wie Ernst müssen wir das nehmen? Eine vorübergehende Abschwächung? Oder gibt es überhaupt keinen Grund zur Panik, so wie es der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Herr Fratzscher sieht. Der Bundeswirtschaftsminister Herr Altmaier meint sogar: Nicht schön, aber keine Katastrophe. Es wird von „verschärfte Verwundbarkeit im Finanzsystem“ seitens der Bundesbank gewarnt. Folgende Erklärungen dazu lauten: 1. die niedrigen Zinsen für die hohen Kapitalpuffer der Unternehmen, 2. die schwächelnde Schlüsselbranche – und was denken Sie, welche damit gemeint ist? Natürlich die Autoindustrie, 3. die Flaute in den Schwellenländern und 4. die Schuldenpolitik in Italien. Aber auch der Fachkräftemangel ist ein Thema. Und das ist das Stichwort, mich dem städtischen Haus-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

haltplan 2019 zuzuwenden, weshalb Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, heute in den Ratssaal gekommen sind.

Die erste Herausforderung in diesem Jahr war die Klausur mit der Überschrift „neue Verwaltungsorganisation“. Nachdem Herr Erster Bürgermeister und Hospitalverwalter Wersch zum 01.02.2019 seinen wohlverdienten Ruhestand antreten möchte, die Stelle neu ausgeschrieben werden musste, war die Frage „ein weiter so“ oder „Schaffung von neuen Strukturen“ durchaus berechtigt. Die gravierendste Änderung, was sich daraus ergab, ist, dass das Kämmereiamt vom Dezernat II in das Dezernat I, also zum Oberbürgermeister wechselt. Wir halten die Entflechtung des Bereichs der Finanzen und Hospital für eine sehr gute Lösung. Damit das Amt des Ersten Bürgermeisters weiterhin attraktiv bleibt, wechselt das ABBS vom OB zum 1. BGM.

Die zweite Herausforderung war die Suche nach einer geeigneten Nachfolge für Herrn Wersch. Aus einer sehr guten Bewerberlage heraus wurde am 5.11. der jetzige Kreiskämmerer vom Biberacher Landratsamt, Herr Ralf Miller, gewählt. Ich denke, damit haben wir eine hervorragende Wahl getroffen.

Als dritte Herausforderung steht für uns die Verabschiedung von der kameralen Welt an; und damit das Lernen, mit dem ersten städtischen doppischen Haushaltplan umzugehen. Nach intensivem studieren kamen wir aber zu dem Schluss: Wir können diesen Haushaltplan 2019 unter das Motto „alle Jahre wieder“ stellen.

Dazu ein Blick zurück zu den Vorhersagen des Kämmereiamtes: im Haushalt 2014 drohte die Stadt im Jahre 2020 in den Abgrund zu fallen; mit dem neuen Haushalt 2019 wird nun dieser Absturz in das Jahr 2024 verschoben. Nach unserer Einschätzung aber liegt ein solider Haushalt mit einer passablen Zukunftsperspektive vor. Unser Fazit: Es fällt uns zunehmend schwerer, die Aussagen des Finanzdezernates ernst zu nehmen.

Es gibt ein gemeinsam erarbeitetes Investitionsprogramm, aus dem abzulesen ist, dass es sich bei den überwiegenden Vorhaben um notwendige Sanierungen von Schulen, Kindergärten und Straßenbau handelt, also wichtige Infrastrukturmaßnahmen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: die Situation der fehlenden Kinderbetreuungsplätze in Ringschnait hat in den letzten Wochen einige hohe Wellen geschlagen.

Ebenso stehen wichtige Hochwasserschutzbaumaßnahmen an. Vor weiteren Starkregenniederschlägen sind wir nicht geschützt. Ergo, alles Maßnahmen, die keine weiteren Verzögerungen zulassen. Vor allem in einer Zeit, in der die finanziellen Mittel vorhanden sind.

Was uns aber echte Sorgen bereitet, ist der Personalmangel in der Stadtverwaltung, was übrigens schon letztes Jahr ein großes Thema war. Viele Aufgaben bleiben unbearbeitet bzw. die lange Wartezeit auf Baugenehmigungen verärgert sehr viele Bürger. Die SPD-Fraktion sieht daher nicht die Flüchtlinge als ein Hauptproblem an, so wie es vom Finanzdezernat im Vorbericht ausgeführt wird, sondern der Fachkräftemangel steht für uns an erster Stelle.

In der letztjährigen Haushaltsrede habe ich noch die angekündigte Personalstrategie „Biberach – mein Beruf“ gelobt. Heute fragen wir uns, wieso wurde dies nicht umgesetzt? Und damit befasst sich auch unser erster Antrag. Wir fordern im Bereich Personal mehr Transparenz. Wieviel Stellen aus dem Stellenplan sind tatsächlich besetzt. Uns interessiert auch die Anzahl der befristeten Verträge. Welchen Spielraum lässt der TVöD zu? Was für Möglichkeiten bzgl. im nicht-monetären

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Bereich könnte die Stadt bieten. Hier denken wir vor allem an den Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aber auch die Bereiche Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing müssen dringend gestärkt werden. Von Seiten der IHK hören wir zwar, dass die Biberacher Einzelhändler derzeit von der Baustellensituation in Ulm profitieren. Doch wir denken heute schon an die Zeit danach. Unseren großen herausragenden und innovativen Wirtschaftsunternehmen fehlen die Fachkräfte. Damit sie weiterhin so erfolgreich agieren können, müssen wir die Attraktivität unserer Stadt erhalten und mit einzelnen Stellschrauben evtl. erhöhen. Das sind z.B. für uns: Verbesserte personell ausgestattete Wirtschaftsförderung, z.B. für den Bereich Grundstückserwerb dringend notwendig. Ein personell gestärktes Stadtmarketing. Um in Zusammenarbeit mit den Einzelhändlern konzeptionelle Lösungen gegen eine negative Entwicklung in unserer Innenstadt zu erarbeiten. Auch wir beobachten mit Besorgnis, wohin derzeit der Trend des Dienstleistungsangebots in manchen Straßenzügen, wie z.B. in der Ulmer-Tor-Straße geht.

Ein kostenfreier Kindergarten kann auch ein überzeugendes Argument sein, mit der Familie nach Biberach zu ziehen, bzw. in Biberach zu bleiben. Vor einigen Jahren hatten wir diesen Antrag bereits schon einmal gestellt. Unsere Begründung heute: In den letzten Jahren profitierten mit der Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes die Unternehmen. Mit dem gebührenfreien Kindergarten wollen wir Familien von einer ‚indirekten Steuersenkung‘ profitieren lassen. Ganz abgesehen davon, dass Bildung bereits im Kindergarten beginnt, erwiesenermaßen ein ganz wichtiger Aspekt; und dies die einzige Bildungseinrichtung ist, die nicht kostenfrei besucht werden kann. Ca. 1,5 Millionen Euro an Mehrkosten würden zusätzlich zum bereits bestehenden Ab Mangel anfallen. Ein mögliches Verhinderungsargument, dass Qualität in der Kinderbetreuung Vorrang vor Quantität habe, akzeptieren wir nicht – beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Nun zu einem anderen Thema, was aber auch indirekt mit Familienförderung zu tun hat: Von weiterem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sind zwischenzeitlich viele überzeugt. Auch die Stadt Biberach mit dem Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft ist an dem Thema dran, was auch gut so ist. Um dies zu verfestigen, beantragen wir nun: bei der Planung neuer Wohngebiete wird festgelegt, dass für mindestens 30 Prozent der Wohnungen oder 20 Prozent der Fläche bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden muss.

Die Biberacher Archive haben im Haus der Archive (ehemaliger Roter Bau) eine sehr gute Bleibe gefunden. Die Besucherzahl ist aufgrund von interessanten Vorträgen steigend. Doch es kristallisiert sich immer mehr heraus, dass hierfür ein standesgemäßes Raumangebot fehlt. Wir beantragen, das Dachgeschoss für einen Veranstaltungsraum auszubauen.

Und für den großen Saal im Stadtteilhaus Gaisental beantragen wir eine Belüftungsanlage. Das Stadtteilhaus ist dafür gebaut worden, dass im größten Stadtteil Biberachs Veranstaltungen angeboten, Feste gefeiert und für die Integration der vielen Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten Möglichkeiten für einen Treff und Austausch geschaffen werden. Wenn viele Menschen in einem Saal zusammenkommen, wird die Luft mit der Zeit immer schlechter und die Temperaturen steigen an. Die Folge sind geöffnete Fenster. Umliegende Anwohner fühlen sich dadurch immer mehr gestört. Wir wollen aber ein lebendiges Stadtteilhaus, daher ist aus unserer Sicht ein nachträglicher Einbau einer Belüftungsanlage unumgänglich.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Von Dieselfahrverboten sind immer mehr Städte betroffen. Ein Umstieg aufs Fahrrad ist sicherlich nicht für alle eine Lösung. Und doch kann festgestellt werden, dass z. B. in Biberach die E-Bike's immer mehr zu sehen sind. Was aber in unserer Stadt fehlt, sind hierfür die entsprechenden Fahrradabstellplätze. Diese müssen überdacht und sicher sein und auch über eine Ladesäule verfügen. Ein Jahr ist nun seit unserer ersten Antragsstellung vergangen – das ist mehr als bedauerlich. Wir hoffen nun sehr, dass wir uns im November 2019 für die Umsetzung bedanken können.

Mit dem Beschluss der Einbahnstraßenlösung auf dem Marktplatz wird aus unserer Sicht der erste Schritt zu mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer getan, verbunden mit einer Luft- und Klimaverbesserung. Damit dies auch tatsächlich gelingt, braucht es sicherlich erhöhte Kontrollen. Auch die Sorgen der Eltern der Braith-GS sollten wir ernst nehmen. Wir stehen hinter der Forderung, in der Schulstraße eine Geschwindigkeit von 10 km/h einzuführen, so wie es an der Dollinger Realschule praktiziert wird. Von einer geforderten Videoüberwachung allerdings halten wir nichts.

Wir freuen uns, dass der Öffentliche Personennahverkehr mit dem neuen Nahverkehrskonzept und dem 1-Euro-Ticket einen Attraktivitätsschub erhalten hat. Hierfür hat die Stadt auch ordentlich Geld in die Hand genommen. Wir gehen davon aus, dass dies eine Erfolgsgeschichte wird. Und wenn es dann noch für Menschen ohne Handy eine Anlaufstelle für den Erwerb des 1-Euro-Ticket im Rathaus gibt, sind wir ganz zufrieden.

Das Thema Sicherheit hat bei den Biberachern Bürgerinnen und Bürgern an Priorität zugenommen. Die Ängste nehmen wir ernst. Entsprechende Schritte, wie mehr Kontrollgänge durch den Ordnungsdienst und der Polizei und verstärkte Präventionsarbeit durch die Streetworker vom Verein Jugend Aktiv, sind eingeleitet worden. Von den Handelnden wurde ein gemeinsames Konzept erarbeitet. Die nächsten warmen Abende werden aufzeigen, ob diese Strategie aufgeht.

Die Digitalisierung, ein Thema, das letztendlich alle betrifft, wird auch Gemeinderäte bei ihrer Arbeit einholen. Deutlich wird es daran, dass für den Einstieg in den papierlosen Sitzungsdienst Gelder für die Anschaffung von Tablets eingestellt wurden. Besonders erfreulich für die SPD-Fraktion, da wir dies letztes Jahr zu den Haushaltsplanberatungen als einen kleinen Beitrag zum Umweltschutz beantragt hatten. Unser diesjähriger Beitrag dazu lautet: 2019 wird das Konzept zur verpflichtenden Begrünung von Dächern z.B. in Gewerbegebieten vorgelegt. Von Jahr zu Jahr werden wir mit dem Argument vertröstet, dass dieses Konzept in Arbeit sei.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich im Namen meiner Fraktion dem gesamten Kämmeriamt unsere Anerkennung aussprechen für die Bewältigung der Umstellung des Haushalts auf die kommunale Doppik. Es hat uns natürlich ganz besonders gefreut, dass Sie unseren Antrag aus der letzten Haushaltsberatung, die Anlage 13 nach Überbegriffen zu sortieren und somit lesbarer zu machen, in diesem Zuge mit umgesetzt haben.

Unser ganz besonderer Dank gilt unseren Unternehmen, dem Handel, Handwerk und Gewerbe die mit ihrem Management mit ihrer Arbeit für die ausgezeichnete wirtschaftliche Situation in unserer Stadt sorgen. Aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie der großen Anzahl von ehrenamtlich Tätigen. Sie alle tragen ein gutes Stück dazu bei, Biberach in Richtung einer liebens- und lebenswerten Stadt weiter zu entwickeln. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (*Applaus*)

StR Heinkele hält für die FW-Fraktion folgende Haushaltsrede: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister Wersch und Kuhlmann, sehr geehrter Herr Dr. Riedelbauer, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, in Biberach haben wir Erfahrung mit den doppischen Haushalten des Hospitals, des Eigenbetriebs Stadtentwässerung sowie des Abwasserzweckverbandes. Nun liegt der erste doppische Haushalt der Stadt Biberach vor. Obwohl äußerlich gestaltet wie seine Vorgänger, findet man im Inneren eine geänderte Systematik mit neuen Fachausdrücken und Zusammenhängen. Um Vergleiche mit den Vorjahren zu ermöglichen, wurden die kamerale Zahlen des Vorjahres doppisch dargestellt, sofern dieses möglich war. Da steckt richtig viel Hirnschmalz und Arbeit drin, wofür die FW Frau Leonhardt und ihrem Team mit dieser Pralinschachtel ausdrücklich danken möchten. Der doppische Ergebnishaushalt der FW-Fraktion lässt vergleichbare Geschenke an die anderen von der Doppik belasteten Mitarbeiter der Stadt Biberach leider nicht zu.

Kommen wir nun zum Haushalt 2019. Im Vorbericht formuliert die Verwaltung seit Jahren 4 strategische Ziele, wobei wir uns zuerst mal nur dem Ziel „Erwirtschaftung ordentlicher Überschüsse“ zuwenden wollen. Bei einem Ergebnis-Haushalt in Höhe von 238 Millionen Euro ist der Überschuss eine schwarze Null, die Senkung der Kreisumlage bringt noch ca. 1,0 Millionen Euro. Bei Rekorderträgen durch Realsteuern in Höhe von 118,4 Millionen Euro ist das sehr bescheiden. Diese Entwicklung kommt natürlich nicht überraschend, wurde uns doch auch in kameralem Haushalt der vergangenen Jahre die Höhe der Abschreibungen zur Information ausgewiesen.

Die Höhe der Abschreibungen resultiert aus einem seit Jahren eigentlich zu ambitionierten Investitionsprogramm, welches insbesondere die personellen Ressourcen stark in Anspruch genommen hat. Darüber hinaus gibt es bei Investitionen der Stadt in der Regel den sogenannten Biberach-Standard, der über den bei anderen Gemeinden und Trägern üblichen Gebäudestandard deutlich hinausgeht. Nun kann man zu Recht argumentieren, dass die Fülle der Investitionen notwendig war und noch immer ist. Die Auftragslage der Betriebe ist exzellent, in 10 Jahren wurden in Biberach 5.500 Arbeitsplätze geschaffen. Es müssen dringend Wohnungen, Häuser, Erschließungsstraßen und sonstige Infrastruktur gebaut werden, wodurch zumindest die Baukonjunktur seit Jahren überhitzt ist. Bei Ausschreibungen der Stadt kommen zunehmend weniger Gebote und diese in der Regel zu übersteuerten Preisen. Die städtischen Aufträge tragen zu den hohen Baupreisen bei und somit leidet die Stadt selber darunter.

Im Finanz-Haushalt zeichnet sich ein Liquiditätsabbau von 21 Millionen Euro ab, der sich laut mittelfristiger Finanzplanung in den Folgejahren auf etwas niedrigerem Niveau fortsetzt. Will man ein realistisches Bild der Finanzen der Stadt Biberach erhalten, sollte man Ende 2022 der Prognose von ca. 140 Millionen liquiden Mitteln die Pensionsrückstellungen und die Schulden der Eigenbetriebe gegenüberstellen, denn ab 2025 müssen diese in der Konzernbilanz der Stadt ausgewiesen werden. Die Liquiditätsreserven liegen dann bei deutlich unter 100 Millionen Euro und erfüllen die Anforderung an eine ausreichende Risikovorsorge nur noch bedingt. Und das bei einem Höchststand der Erträge durch Steuereinnahmen.

Meine Damen und Herren, was passiert bei einer Eintrübung der Konjunktur? Diese zeichnet sich ab – nicht zuletzt dank der unberechenbaren Finanzpolitik von Donald Trump. Es wird dann schwierig werden, den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich herzustellen. Schon seit Jahren warnen die FW-Fraktion vor hohen Folgekosten, was angesichts immer weiter steigender Steuereinnahmen ungehört verhallte. Unserem Generalantrag zum Haushalt 2018 woll-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

ten die anderen Fraktionen nicht folgen. Die Höhe der Erträge könnte die Stadt durch Anhebung der Umlagesätze für Gewerbe- und Grundsteuer beeinflussen. Ob Steuererhöhungen bei Konjunkturunbrüchen sinnvoll sind, darf man getrost bezweifeln?

Die FW sehen daher für die kommenden Jahre die klare Verpflichtung, die Höhe der Aufwendungen in Form von Abschreibungen und anderen Folgekosten zu begrenzen. In Ihrer Haushaltsrede zum Haushalt 2018, Herr OB, habe ich den Begriff der „Kunst der konstruktiven Reduktion“ gefunden; diese Kunst ist heute gefragt! Packen Sie`s an, in wenigen Wochen ist die Kämmerei in Ihrem Dezernat.

Kommen wir zum Stellenplan: die Verwaltung hat in zwei Konsolidierungs-runden die Stellenwünsche der Ämter nach unten korrigiert. Die verbliebenen Stellen erscheinen uns plausibel begründet. Sehr gefreut hat uns, dass die Verwaltung unsere Anregung von 2018 aufgenommen hat, die Zahl der Auszubildenden nochmals zu steigern. Angesichts der Altersstruktur der städtischen Angestellten sicher der richtige Weg. Vor Jahresfrist haben alle Fraktionen dem Projekt „Biberach – mein Beruf“ in Höhe von 100.000 Euro zugestimmt. Was hat sich im Bereich der Personalentwicklung tatsächlich verändert? Wie könnte man auf die Herausforderungen der Digitalisierung reagieren?

Der Verkehrsminister Hermann war begeistert vom Biberacher Öffentlichen Personennahverkehr. Nach Meinung der FW-Fraktion würde die Begeisterung in Euphorie umschlagen, wenn es gelingen würde, das Biberacher Modell auf den Verkehrsverbund DING und die umliegenden Gemeinden auszudehnen. Denn dann stellt sich die Entlastung der Kernstadt von den KFZ der Ependler wirklich ein. Wer die Staus der letzten Wochen miterlebt hat, stimmt sicher zu, dass die Kernstadt Biberachs vom Fernverkehr entlastet werden muss, was u.a. durch das Strategische Netz und den Aufstieg zur B 30 erreicht werden könnte. Begleitend dazu muss sichergestellt werden, dass Durchfahrtsverbote für LKW erlassen und vor allem kontrolliert werden. Die Umwidmung der Nordwestumfahrung zur B 312 muss dann Eingang in die Navigationsprogramme finden.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Biberachs erwarten wir von im Bau befindlichen Vorhaben wie z. B. dem Innovations- und Technologie-Transferzentrum positive Impulse. Um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten, wird auch in Zukunft der Erwerb von Grundstücken für Gewerbeansiedlungen und Wohnungsbau notwendig sein. Die geplanten Sanierungen von Schulen, der Neubau der Malihalle und des sechsgruppigen Kindergartens im Baugebiet Hauderboschen stellen eine erneute Angebotsverbesserung für die Bürger dar. Dies gilt für neue oder sanierte Straßen, neu gestaltete Spielplätze und Grünanlagen ebenso.

In diesen Angeboten sind in Biberach immer auch eine Vielzahl von Freiwilligkeitsleistungen enthalten, die zu mehr Personal und Folgekosten und damit zu erhöhtem Ressourcenverbrauch führen. Wir FW-Fraktion halten Entschleunigung durchaus für eine oberschwäbische Tugend. Deswegen stellen wir nur 2 Anträge: der eine kostet nichts und der andere war unser Antrag auf eine mobile Eislaufbahn und wurde in 2 Jahren nicht beantwortet.

Biberach ist eine kleine, attraktive Stadt, für die es sich lohnt sich zu engagieren. Das sieht man an einer großen Zahl von Ehrenamtlichen in den Vereinen. Es wäre schön, wenn sich für diese tolle Stadt mehr Kandidaten für die Kommunalwahl bereit erklären würden.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Im Namen der FW-Fraktion möchte ich Ihnen Herr OB zusammen mit der Verwaltungsspitze und allen Mitarbeitenden der Stadt Biberach den Dank für die geleistete Arbeit der letzten Monate ausdrücken. Unser spezieller Dank gilt allen Mitarbeitenden, die mit der Erstellung des ersten doppischen Haushalts beschäftigt waren.

Wir stimmen dem Haushalt 2019 zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“ (*Applaus*)

Für die Grünen bezieht StR Dr. Schmid wie folgt Stellung: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Ortschaftsräte, Pressevertreter und Bürger! Biberach vollzog nach dem letzten Weltkrieg einen weitreichenden Strukturwandel und präsentiert sich heute als einen vitalen und modernen Wirtschaftsstandort, der zum Wohlstand unserer Stadt wesentlich beiträgt. Die zunehmende Industrialisierung führte zu einer Zurückdrängung unserer heimischen Kulturlandschaft und der European Energy Award weist für Biberach eine hohe Umweltbelastung auf. Zudem nehmen die Wetterextreme rasant zu. Die Klimakrise ist angekommen. Nicht nur irgendwo in der Welt, sondern vor unserer Haustüre. In Biberach waren es vor Jahren die verheerenden Stürme, dann die Starkregenfälle mit Hochwasser und in diesem Sommer die Hitze und Trockenheit mit Beeinträchtigungen für Mensch und Natur.

Diese von mir kurz skizzierte kommunale und globale Gemengelage stellt uns politisch Handelnde, auch im Gemeinderat, vor große Herausforderungen, in denen ökologischen Betrachtungen eine zunehmende Gewichtung erfahren.

In meiner diesjährigen Haushaltsrede werde ich vornehmlich auf die Themen Wirtschaft, Mobilitätswandel und urbane Lebensqualität eingehen.

Zu unserer Wirtschaftspolitik: Meine Fraktion steht für ein moderates Wirtschaftswachstum in Biberach, das sich durch Nachhaltigkeit und ökologische Verträglichkeit auszeichnet und so die Lebensqualität unserer Bürger mitberücksichtigt. Wir wollen den vitalen Wirtschaftsstandort Biberach weiter stärken u.a. durch die Errichtung des Innovations- und Technologie Transfer Zentrum, einen beschleunigten Ausbau der Digitalisierung sowie des Modal Splits. Wir sehen keine Notwendigkeit das interkommunale Industriezentrum im Rißtal weiter voranzutreiben. Dies nicht nur, weil das global agierende und von uns sehr geschätzte Unternehmen Handtmann einen Teilbetrieb im Bundesland Sachsen und nicht in Biberach errichtet, sondern weil ein weiteres Zurückdrängen unserer heimischen Rißtallandschaft, die zu erwartenden hohen Umweltbelastungen, die nicht kalkulierbaren infrastrukturellen Folgekosten einen zu hohen Preis für das IGI-Rißtal darstellen. Biberach hat weiterhin eine äußerst robuste Wirtschaftskraft und Vollbeschäftigung.

Biberach mit seiner dynamischen Wirtschaft hat 19.000 Ein- und über 4.000 Auspendler täglich, was eine hohe Verkehrsdichte mit Umwelt- und Gesundheitsbelastungen mit sich bringt. Dem müssen wir mit einem konsequenten Mobilitätswandel entgegentreten, einer Mobilität die auf die Zukunft ausgerichtet ist – nachhaltig, klimaschonend, vernetzt und letztendlich verkehrswirksam. Nach wie vor fordern wir die Dominanz des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren und den Fuß-, Rad- und den öffentlichen Personen-Nahverkehr und Modal Split voranzubringen. Im letzten Jahr haben die Biberacher Stadtwerke einen hervorragenden Busverkehr eingerichtet – kundenfreundlich, enge Fahrtakte, längere Fahrzeiten. Für einen „ÖPNV zum Nulltarif“, der in einigen europäischen Städten erfolgreich umgesetzt wird, fanden wir im Rat keine Mehrheit. Dennoch freuen wir uns, das mehrheitlich beschlossen, ab Januar das verbilligte Bürgerticket und das Ein-Euro-Ticket bei uns eingeführt wird.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Doch es stehen noch weitere Aufgaben auf unserer Agenda. Der beschleunigte Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofs mit guten Parkierungsmöglichkeiten für Autos und Fahrräder, um den Modalsplit zu stärken, Gespräche mit Firmen bezüglich eines Jobtickets, Einführung von Elektrobussen, und vor allem müssen wir den öffentlichen Nahverkehr über die Stadt hinaus entwickeln. Ein gut vertaktetes und preiswertes Fahrangebot muss auch für die Umlandgemeinden angeboten werden, denn nur so können wir die Autopendlerverkehre reduzieren.

Radverkehr: Erfreut stellen wir fest, dass der Radverkehr in Biberach sprunghaft zunimmt, vor allem die E-Bikes tragen hierzu bei. Von daher ist es dringend erforderlich, die Radwege in Biberach weiter voranzutreiben und zu modernisieren. Wir werden mehrere Anträge bezüglich des Radverkehrs im Haushalt einbringen u.a., ein Novum für Biberach, die Einführung von Fahrradstraßen. In solchen Fahrradstraßen ist eine maximale Geschwindigkeit von 30km/h erlaubt, Autos und Busse sind zugelassen; das Vorrecht liegt bei den Fahrradfahrern. Wir gedenken die Birkendorfer-Straße und Adenauerallee wegen deren hohen Fahrraddichte durch Firmenangehörige bzw. Schülern in Fahrradstraßen umzuwandeln.

Bei unserer Mobilitätsklausur empfahlen die Verkehrsexperten neben dem Ausbau des ÖPNV und der Radwege, den innerstädtischen Verkehr, vor allem den Park-Such-Verkehr, zu reduzieren. Der jüngste Beschluss, den Autoverkehr über die Schrankenstraße anstelle des Marktplatzes zu führen, bewirkt keine Abschwächung des Autoverkehrs, d.h. das innerstädtische Netz bleibt weiterhin überlastet.

Seit Jahren fordern wir gemäß den Verkehrsexperten sowie des Stadtentwicklungskonzeptes verkehrslenkende und letztendlich entlastende Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Meine Damen und Herren, Biberach benötigt wie viele andere Städte einen Mobilitätswandel der unsere Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheits- und Umweltbelastungen schont.

Unser heimischer Grund und Boden ist begrenzt und sollte auch für die nachfolgenden Generationen erhalten werden. Während die Bundes- und Landesregierung sich klare Ziele hinsichtlich eines Flächenverbrauchs vorgeben, setzt Biberach auf einen fortschreitenden Flächenverbrauch mit einer zunehmenden und unwiederbringlichen Zerstörung unserer heimischen Kulturlandschaft und Natur. Dem wollen wir entgegenwirken.

Dies bedeutet nicht, dass wir uns gänzlich gegen die Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete sperren. Für deren Zustimmung legen wir, gegenüber den anderen Fraktionen, deutlich höhere Anforderungen in Bezug auf deren kommunalen Nutzen, der Nachhaltigkeit sowie Umweltverträglichkeit. Darüber hinaus setzen wir bei Bebauungen auf die Innenentwicklung und Nachverdichtung. Nach wie vor halten wir an unserem langfristigen Flächenverbrauchsziel der Netto Null fest.

Es ist an der Zeit, unseren politischen Fokus wieder verstärkt auf Natur, Landschaft und Naherholung zu richten. Wir setzen uns weiterhin für den Schutz unserer landschaftsprägenden Talhangwälder an der Reiß, den ökologischen wichtigen Kleingartenanlagen und den stadtnahen Erholungsgebieten ein. Aufgrund der klimatischen Veränderung setzen wir auf Stärkung des innerstädtischen Bioverbundes.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf das im Rat strittige Dachgrün eingehen.

Kaum ein anderes Baukonzept wie die Dachbegrünung verschafft eine Vielfalt positiver Effekte für Gebäude, Umwelt und Mensch. Sie sorgt für einen Ersatzlebensraum für Pflanzen und Kleintiere, verbessert das Stadtklima und fängt je nach Bauart 50 – 90 Prozent der Niederschläge auf und dient somit dem Hochwasserschutz.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Angesicht der fortschreitenden Flächenversiegelung und der zu erwartenden Starkregen in Biberach ist eine verpflichtende Begrünung bei Flachdächern, wie z. B. bei Schulen, Turnhallen und Industriegebäuden dringend angezeigt. Sich diesem politisch zu verweigern, meine werten Kolleginnen und Kollegen, ist nicht zeitgemäß.

Im politischen Diskurs versuchen unsere politischen Mitstreiter im Gemeinderat uns Grüne zu weilen als „ideologiebehaftet“ abzuwerten, im Sinne, wir seien weltfremd, unbeweglich oder gar „törichte Narren“. Doch ich sage Ihnen: Wir haben bürgerliche und soziale Grundeinstellungen, bei denen dem Schöpfungsgedanken bzw. dem Prinzip der Nachhaltigkeit eine besondere Bedeutung zukommt. Uns Grüne leitet der Gedanke, dass es nicht reicht nur auf das Hier und Jetzt zu blicken, wir müssen auch den nächsten Generationen eine gute Zukunft ermöglichen. Das ist unsere politische Ausrichtung, die wir weiterhin pragmatisch und mit gesundem Menschenverstand im Biberacher Gemeinderat vertreten wollen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“ (*Applaus*)

Für die FDP äußert sich StR Funk mit folgenden Worten: „Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihrem Team vom Kämmereiamt für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Auch den wirtschaftspolitischen Ausführungen im Vorbericht schließen wir uns inhaltlich voll an. Wir wollen deshalb auf Wiederholungen verzichten.“

Es bedurfte schon einer besonderen Leistung, die Umstellung von der Kameralistik zur Doppik bei diesem gewaltigen Haushalt so geräuschlos, so pünktlich und mit so hoher Qualität zu organisieren. Eine Daueraufgabe der Kämmerei ist es, dafür zu sorgen, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben und nicht auf Kosten der nächsten Generation leben, in Biberach ein nicht leichtes Unterfangen. Dass man dabei nicht immer Everybody's Darling sein kann versteht sich von selbst. Herrn Kuhlmann mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen wir ebenfalls recht herzlichen Dank, dass das Investitionsprogramm 2018-2023 wieder fortgeschrieben wurde. Dies verbessert die Qualität der Entscheidungen, reduziert den zeitlichen Aufwand während der Haushaltsberatungen erheblich und ist auch wichtig, weil die Doppik keinen Vermögenshaushalt wie bisher kennt.

Die Doppik führt zu einer besseren Transparenz. Vor ziemlich genau zwanzig Jahren habe ich mich entschieden, nicht auszuwandern, sondern mich in einer Partei zu engagieren. Das Thema, Einführung der Doppik, stand bei meiner Arbeit immer ganz vorne auf der Agenda. Heute ist es so weit. Die Arbeit wird uns jetzt entschieden erleichtert. Wir müssen selber weniger rechnen und tun uns viel leichter beim Transportieren der Zahlen in die Öffentlichkeit. Zwei Veränderungen sind dafür entscheidend: 1. Die Abschreibungen, also der über die Jahre verteilte Werteverzehr, werden, im Gegensatz zu früher, vollständig erfasst. 2. Unsere Steuereinnahmen bleiben uns nur zu einem Teil und wir müssen teilweise zwei Jahre zeitversetzt an das Land und den Kreis bedeutende Gelder abführen. Diese FAG- und Kreisumlage werden bei der Doppik in die Position Rückstellungen gebucht. Die Gelder stehen also nur zwei Jahre lang zur Verfügung und sind wie ein kurzfristiges Darlehen zu 0 % Zinsen zu betrachten. Wir haben in diesem Jahr also erstmals einen periodengerechten Haushalt mit vollständiger Abschreibung zur Beratung vorgelegt bekommen. Wichtig ist noch anzumerken, dass die Ergebnisse der Eigenbetriebe und der Stadtwerke mit ihrer Beteiligung an der e.wa riss nicht in eine konsolidierte Betrachtung einfließen.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

Nun zu den wichtigsten Zahlen des Haushaltsplans 2019. Sehr gespannt waren wir auf den Ertrag, den der erste doppische Haushaltsplan ausweist. Der Ertrag entspricht ungefähr der früheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt. Die Zahl lautet: Rote Null und das bei einem Rekordansatz der Gewerbesteuereinnahmen von 115 Millionen Euro. Hätte man bei den Personalkosten nicht erstmals eine Art „Globale Minderausgabe“ angesetzt, so wäre ein Verlust von zirka 500.000 Euro in den Büchern gestanden. Dieses Ergebnis ist sehr enttäuschend.

Und wie sieht es nun mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln aus? Nachdem es zum 1. Januar 2019 naturgemäß noch keine Eröffnungsbilanz geben kann, müssen wir diese Bilanz ein letztes Mal selber skizzieren. Wir finden eine sehr große Millionensumme im Anlagevermögen vor. Hier handelt es sich überwiegend um unverkäufliches Infrastrukturvermögen wie Straßen, Rathäuser, Schulen, Turnhallen, Sportplätze und Kindergärten. Diese Infrastruktur produziert Folgekosten. Wir vernachlässigen die Betrachtung der Eigenbetriebe und Beteiligungen, weil sie 2019 nicht entscheidend sind. Das Geldvermögen beträgt fast 200 Millionen Euro zum 31.12.2018. Wir haben sehr hohe liquide Mittel. Diese gilt es unter die Lupe zu nehmen. Von den 200 Millionen Euro müssen die vorher beschriebenen „Rückstellungen FAG- und Kreisumlage“ in der Höhe von 114 Millionen Euro abgezogen werden. Würde man beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung Darlehen in der Höhe von 34 Millionen Euro durch Eigenkapital ersetzen, so würden etwas über 50 Millionen Euro verbleiben. Wahrlich eine andere Zahl, als die immer wieder verbreiteten 200 Millionen Euro. Die Kämmerei und die FDP-Fraktion sind sich einig, dass diese Summe als Risikoversorge betrachtet werden sollte, insbesondere auch deshalb, weil für 2019 eben geplant ist, die extrem hohen Einnahmen vollständig auszugeben und die liquiden Mittel sich im Jahr 2019 wegen früherer Beschlüsse um 21 Millionen Euro reduzieren werden. Biberach ist noch eine reiche Stadt, sie soll es aber auch in Zukunft bleiben. Leben wir also nicht über unsere Verhältnisse!

Aus jahrelanger Erfahrung wissen wir, dass der Jahresabschluss meist besser ausfällt als das geplante Ergebnis im Haushaltsplan. An drei unterschiedlichen Beispielen wollen wir aufzeigen, dass es sich auch hier lohnt genauer hinzuschauen. Die Steuereinnahmen sind auf der sicheren Seite eingeplant. Sollten wir 10 Millionen Euro mehr Gewerbesteuer einnehmen, verbleiben uns aber nur 3,5 Millionen Euro. Der Rest muss abgeführt werden. Bei zwei Millionen Euro Mehreinnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer verbleiben uns noch 1,1 Millionen Euro. Da man in Biberach beim Geldausgeben teilweise erst ab einer Million Euro anfängt nachzudenken, kann auch dieses Geld schnell weg sein. Verbessert sich der Ergebnishaushalt, weil Aufgaben nicht erledigt wurden, so ist dies nicht erfreulich, sondern eine Baustelle für die Verwaltung. Oft fehlt es an personellen Ressourcen. Verbessert sich der Finanzhaushalt, weil zu wenige Grundstücke gekauft wurden, so ist dies kein Grund zur Freude, sondern ein Alarmzeichen.

Unsere Bewertung des Haushaltsplanes: Die Rote Null im Ergebnishaushalt ist enttäuschend. Ausgaben in Investitionen sind zu erhöhen, konsumtive Ausgaben sind zu reduzieren. Und das gilt insbesondere auch beim Personal. Die beschränkten Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt haben Einfluss auf diesen und zukünftige Haushaltspläne und das in mehreren Bereichen. Biberach ist eine reiche Stadt, hat aber immer noch etwas Sanierungsstau, weil in der Vergangenheit immer wieder neue Wünsche vorgezogen wurden. Manchmal durchaus sinnvoll, wie zum Beispiel bei der Dollinger-Realschule. Wenn Biberach auch in der Zukunft eine reiche Stadt bleiben will, muss daran gearbeitet werden, von alleine wird sie es nicht bleiben. Ganz wichtig ist dabei zu verinnerlichen: Die vollständig erfassten Abschreibungen gehen nicht von Werten der zukünftigen Sanierungen oder Neubauten aus. Auch für jährliche Preissteigerungen muss eine Risikoversorge getroffen werden. Dies im Vorbericht beim Haushaltsplan 2020 zu vermerken, wäre unser nächs-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

ten Wunsch an die Kämmerei. Ausreichende Antworten auf das Wachstum in Biberach vermissen wir.

Die Richtschnur für unser politisches Handeln war bisher mit unserem Drei-Säulen-Modell leicht zu erklären. Unsere Ziele sind: Bildungsausgaben auf hohem Niveau zu verwirklichen, Substanzerhaltung geplant und konsequent durchführen, nachhaltige Finanzpolitik mit einer festgelegten und festgehaltenen Risikovorsorge zu betreiben. Eine wachsende Stadt wie Biberach hat im Vergleich zu einer stagnierenden Stadt mehr und zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Wir sprechen jetzt auch von einer weiteren, einer vierten Säule mit dem Namen Zukunft. Dazu jetzt unsere Gedanken: In den letzten sieben Jahren sind 5000 neue Arbeitsplätze in Biberach geschaffen worden. Wenn diese Personen alle in Biberach leben wollen, brauchen wir mehr als 2500 zusätzliche Wohnungen. Das bedeutet aber auch zusätzliche Investitionen in Kindergärten, Schulen, Straßen, Parkplätze und so weiter. Die erforderlichen Finanzmittel sind einzuplanen. Die FDP-Fraktion sieht in Sachen Grundstückserwerb große Versäumnisse bei der Verwaltung über eine sehr lange Zeit.

Die Bebauungspläne für Haus- und Wohnungsbau müssen kritisch hinterfragt werden. Beim Baugebiet Hauderboschen gibt es unverkaufte Grundstücke und eine nicht befriedigte Nachfrage nach Bauplätzen für Mehrfamilienhäuser. Die Verwaltung muss jetzt schnell einen Maßnahmenkatalog und Vorschläge erarbeiten, wie sie mehr Wohnraum für alle schaffen will. Die FDP-Fraktion schlägt weiterhin vor, hierzu mit einer interkommunalen Zusammenarbeit zu beginnen und in die Höhe zu bauen. In Biberach muss jetzt schnell und hart gearbeitet werden, um solche Kernaufgaben positiv zu erledigen. Weiche, konsumtive Themen müssen jetzt ein paar Jahre zurückgestellt werden.

Nach Auffassung der FDP-Fraktion gehören auch die Bauplatzvergaberichtlinien für Ein- und Zweifamilienhäuser erneut verändert. Bürgerinnen und Bürger, die nicht in Biberach arbeiten, haben keine Chance, einen der begehrten Bauplätze zu bekommen. Wir haben große Bedenken, ob diese Richtlinien verfassungsgemäß sind. Demnächst arbeiten noch mehr Biberacher im interkommunalen Gewerbegebiet außerhalb Biberachs. Ich hoffe es kommt. Außerdem bedeuten diese Vergaberichtlinien auch einen gewaltigen bürokratischen Aufwand, den das Liegenschaftsamt kaum schultern kann. Die heute unter Bekanntgaben verteilte Informationsvorlage zur Bauplatzvergabe Hauderboschen, 2. Bauabschnitt, bestätigt diese Aussagen. Im Hauptausschuss war eigentlich vereinbart worden, unter einem eigenen Tagesordnungspunkt und nicht nur unter Bekanntgaben zu berichten. Zu dieser Vorlage ist noch zu sagen: Ab dem 26. April 2018 konnten sich Interessenten auf die Grundstücke bewerben. Als Bewerbungsschluss wurde der 10.06.2018 angegeben. Die Interessenten hatten zur Abgabe folglich 6,5 Wochen Zeit. Am 26. Juli, also sieben Wochen nach Bewerbungsschluss, bekamen alle Bewerber ein Schreiben, dass sie bis zum 10. August die Chance bekommen, fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzureichen. Also wurden die 6,5 Wochen um acht Wochen verlängert. Besorgte Interessenten, die alle Unterlagen bis zum 10.06.2018 vollständig eingereicht hatten, wandten sich mit der Frage an die FDP-Fraktion, ob sie wegen Setzung einer solch langen Nachfrist eventuell um einen Bauplatz kommen könnten. Trotz intensivem Nachfragen bei der Verwaltung, auch mit Schnellanfragen, konnte ich den Interessenten diese Frage nicht beantworten. Sie müssen diese Frage selber zur Klärung bringen. So eine Vorgehensweise darf sich auf jeden Fall nicht wiederholen. Ob das die Verwaltung der Stadt Biberach auch so sieht, bleibt bis heute unklar.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

In diesem Jahr wird die FDP-Fraktion aus zwei Gründen keinen Antrag zu den Haushaltsberatungen stellen. Wir wollen unserem neuen Ersten Bürgermeister Ralf Miller erst die Zeit zur Einarbeitung geben und uns mit ihm vor seinen ersten Entscheidungen austauschen. Zusätzlich möchten wir, dass der im nächsten Jahr neu gewählte Gemeinderat seine eigenen Entscheidungen fällen kann.

Wenn uns der Wähler durch seine Stimmabgabe die Gelegenheit gibt, haben wir für die nächsten Jahre folgende Anregungen und Absichten: Der Hebesatz kann Zug um Zug erhöht werden, da er unter der Marke von 400 %-Punkten nur nicht ausschüttenden Kapitalgesellschaften nutzt. Das gebührenfreie letzte Kindergartenjahr bleibt bei uns auf der Agenda. Die IHK fordert dies massiv. Schulsozialarbeit gehört in das Amt für Bildung, Betreuung und Sport. Für Jugendsozialarbeit mit Streetworkern muss geprüft werden, ob wir hierzu nicht ein Jugendamt brauchen. Eventuell kann man für die beiden Ämter ABBS und Jugendamt zwei halbe Stellen mit wechselseitiger Vertretung organisieren.

Die Stadtwerke haben die Beschlüsse zum ÖPNV hervorragend umgesetzt. Nach drei Jahren sollte überprüft werden, ob die Ziele erreicht wurden.

Im Zuge der Umsetzung der Einbahnstraßenregelungen auf dem Marktplatz durch die Verwaltung regen wir neben einer schrägen Anordnung der Parkplätze auf dem Marktplatz noch an, über eine Haltezone bei den Augenärzten in der Schrankenstraße nachzudenken.

Parkplatz Freiburger Straße: Auf Anregung der FDP-Fraktion arbeiten die Stadtwerke und die Stadtverwaltung daran, möglichst schnell Parkplätze für die Beschäftigten und die Bewohner in der Innenstadt herzustellen. Wie von uns geschätzt, sind 100 Parkplätze möglich. Wir regen auch Stellplätze für Fahrräder an und fragen nach Stromversorgung für Autos und Fahrräder nach. Die Veränderungen der Hauptsatzung waren nach Auffassung der FDP-Fraktion in diesem Ausmaß nicht sinnvoll. Nach unserer Meinung muss der Gesamtgemeinderat wieder mehr entscheiden.

Zusammenfassend halten wir fest: Die Rote Null im Ergebnishaushalt ist enttäuschend. Biberach ist eine reiche Stadt, aber längst nicht so reich wie manche meinen. Hinter einer Risikovorsorge sollte der gesamte Gemeinderat stehen. Die Antworten auf 5000 neue Arbeitsplätze in sieben Jahren müssen schnell gegeben werden. Der Wohnungsbau für alle Zielgruppen muss vorangetrieben werden. In der Schrankenstraße sollte eine Haltezone eingerichtet werden. Die Parkplätze in der Freiburger Straße sollten schnell verwirklicht werden. Die Bauplatzvergaberichtlinien müssen verändert werden. Das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu halten, bleibt auf der Agenda der FDP-Fraktion.

Sollte es während der Beratungen nicht zu wesentlichen Änderungen kommen, signalisieren wir schon heute die Zustimmung zu diesem Haushalt, verbunden mit der Erwartung, dass es im Laufe des Jahres 2019 schon einige Veränderungen geben wird.“ (*Applaus*)

StR Heidenreich bezeichnet Wohnungsbau als notwendig und meint, man dürfe dabei nicht wie die Nachbargemeinde Ummendorf auf 10 Hektar nur 100 Wohneinheiten unterbringen. Angesichts von 19.000 Pendlern müsse man verdichtet und in die Höhe bauen, was sich auch beim Baugebiet auf dem alten Krankenhausareal zeigen werde.

Er bezeichnet es als gut, dass beim ÖPNV etwas in die Gänge komme. Eine sachliche Zusammenarbeit mit Unternehmen und ihrer Pendlerströme müsse in dieser Frage möglich sein. Wenn man ein großes Industriegebiet plane und baue, müsse man auch mit steigenden Einwohnerzahlen rechnen. Die Personalprobleme im Baudezernat hätten zu seltsamen Verfahren geführt. Anfal-

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2018

lende Aufgaben müssten rechtzeitig erledigt werden. Er habe mühsam zusammengetragen, wieviel Geld auf Banken für 0% Zins liege und frage sich, woher die Ressourcen kämen, künftige Herausforderungen zu meistern. Man müsse mit Unwägbarkeiten der Umwelt rechnen und ihnen begegnen. Hierfür benötige man Personal und nicht Geld auf einer Bank. In Gedanken sehe er die Stadt im Wachstum. Man müsse Biberach als Stadt mit 50.000 Einwohnern begreifen und darauf Planungen ausrichten. (*Applaus*)

EBM Wersch dankt allen für die eingebrachten unterschiedlichen Aspekte. Alle hätten den Haushalt für grundsätzlich zustimmungsfähig eingestuft.

Damit ist die 1. Haushaltslesung abgeschlossen.

Gemeinderat, 19.11.2018, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: EBM Wersch

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: OB Zeidler

Gesehen: BM Kuhlmann